



# Hoffnung am Horizont

*Nebenwirkung der Corona-Pandemie: Ein neues Gesetz verbessert die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie*

**TEXT** Heike Riemann und Jens Haverland (Gastautor)

„Speranță“ heißt Hoffnung auf Rumänisch. „Speranță la orizont“ bedeutet entsprechend „Hoffnung am Horizont“. Trotz Missständen, Skandalen und Corona in der Fleischindustrie wurde 2020 zu einem Hoffnungsjahr für die überwiegend aus Osteuropa stammenden Werkvertragsbeschäftigten.



**D**as Jahr 2020 begann unspektakulär. Wie selbstverständlich setzten sich Missstände und Ausbeutung in der Fleischindustrie fort. Für die Mitglieder des Stützkreises in Kellinghusen bedeutete dies: Auch weiterhin wandten sich Menschen, die auf den nahe gelegenen Schlachthöfen in Kellinghusen und Bad Bramstedt tätig waren, mit der Bitte um Unterstützung an sie. Auch die Mitarbeiterinnen der Fairen Mobilität in Kiel mit ihrer Beratungsarbeit auf Polnisch und Rumänisch hatten alle Hände voll zu tun. Beim Runden Tisch in

Kellinghusen mühten sich Ratsmitglieder und Vertreter\*innen von DGB, Kirche/KDA und anderen, (finanzierbare) Antworten zu finden, wie die auf den Schlachthöfen Beschäftigten besser vor Ort zu integrieren seien. Integration war auch das Thema beim Runden Tisch in Husum. Und die Mitglieder des Bündnisses für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für Werkvertragstätige in Schleswig-Holstein<sup>1</sup> folgten der Aufforderung des Sozialausschusses im Landtag und reichten Stellungnahmen ein, mit denen sie die Dringlichkeit des politischen Handelns unterstrichen,

um der mehrfachen Ausbeutung der Werkvertragsbeschäftigten nun endlich einen Riegel vorzuschieben. Dann kam Corona.

In Birkenfeld bei Pforzheim kam es Anfang April 2020 zu einer ersten Masseninfektion mit dem Corona-Virus in der Fleischindustrie. 1100 Menschen arbeiteten dort, rund 700 davon mit Werkverträgen, bis Juni infizierten sich über 400 Mitarbeitende<sup>2</sup>. Aber schon bald gab es Ausbrüche auch an anderen Standorten der Fleischwirtschaft.

### FLEISCHINDUSTRIE ALS HOTSPOT

**Arbeitsquarantäne:** So lautete eine der ersten Antworten auf die zahlreichen Infektionen in der Fleischbranche. Wer an Corona erkrankt, gehört in Quarantäne, separiert von allen anderen. Das leuchtet ein. Arbeitsquarantäne jedoch bedeutet: Auch wer negativ getestet wird, muss in der Unterkunft bleiben – wenn er oder sie nicht bei der Arbeit ist. Begründet wurde dies mit der Systemrelevanz der Fleischindustrie. U. a. durch das Konstrukt der Arbeitsquarantäne konnten die großen Fleischkonzerne im Frühjahr 2020 in ihren Pressemeldungen betonen, dass es nicht zu Engpässen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Fleischprodukten kommen werde.<sup>3</sup>

Auch für Erntehelfer\*innen gab es im Laufe des Sommers 2020 „Arbeitsquarantäne“. Ein sehr reduziertes Menschenbild findet mit dieser Maßnahme seinen euphemistischen Ausdruck, indem der Mensch auf seine ökonomische Produktivität reduziert wird.

In den Medien tauchte zudem der Begriff „Fremdarbeiter“ auf, und es bleibt durchaus unklar, ob diese Bezeichnung einfach nur ungeschickt gewählt wurde und deutlich machen sollte, dass es sich bei den Werkvertragstätigen in einem Betrieb eben nicht um Angestellte des Betriebes handelt, oder ob damit Fremdheit und Nichtdazugehören betont werden sollten. Wir erinnern uns: Dieser Begriff fand auch für ausländische Zwangsarbeiter\*innen in der Zeit des Nationalsozialismus Verwendung.

- 1 Zum Bündnis gehören: DGB Schleswig-Holstein Nordwest, KDA Nordkirche, Gewerkschaft NGG, Ev.-luth. Kirchenkreis Rantzau-Münsterdorf, katholische Kirchengemeinde St. Ansgar Itzehoe, Christian Jensen Kolleg, die Beratungsstelle Faire Mobilität sowie lokale Unterstützer, Partner und Einzelpersonen.
- 2 <https://www.die-neue-welle.de/corona/corona-tests-bei-mueller-fleisch-in-birkenfeld-negativ> (zuletzt abgerufen am 11.03.2021)
- 3 Z. B. Pressemitteilung vom 23.04.2020, <https://www.mueller-fleisch.de/aktuelles/newsmeldung/pressemitteilung/>; Pressemitteilung vom 18.03.2020, <https://toennies.de/categorie/presse/page/7/> (jeweils zuletzt abgerufen am 05.03.2021)



„Endlich handeln“: beim Aktionstag im Mai 2020 vor dem Schlachthof in Husum.

## Erschreckend: Die unzureichenden Arbeitsbedingungen in der Fleischbranche wurden überwiegend als Gefahr für die Ausbreitung von Covid-19 auf „die Bevölkerung“ diskutiert, nicht aber als Skandal an sich.



*„Ohne Hoffnung kein Ehrenamt. Wir betrachten das Arbeitsschutzkontrollgesetz, trotz einiger Defizite, als Hoffnungsschimmer für die gesamte Branche und versuchen, die Corona-Krise mit all ihren Problemen auch als gesellschaftliche Chance für längst überfällige Veränderungen zu sehen.“*

Anja Halbritter und Marvin Wölk, 1. und 2. Vorsitzende\*r Stützkreis Kellinghusen e. V.

Im Juni 2020 wurden in Rheda-Wiedenbrück im größten Schweineverarbeitungsbetrieb Deutschlands (bis zu 30 000 Schlachtungen täglich) immer mehr Mitarbeitende positiv getestet – bis zum 23. Juni waren es schon 1500. Letztendlich musste der ganze Betrieb für mehrere Wochen geschlossen und ein „regionaler Lockdown“ angeordnet

werden. Die Stimmung in der Region (und anderswo) reichte von verärgert bis wütend und dieser Ärger brach sich Bahn in mehrere Richtungen.

Die allgemeine Kritik an den Lebens- und Arbeitsbedingungen der in der Fleischbranche Tätigen wurde lauter, es gab aber auch Äußerungen und Aktionen, die wahlweise „Tönnies“, „der Fleischindustrie“, „der Politik“ oder eben „den Rumänen“ Schuld an den infektionszahlbedingten Schul- und Geschäftsschließungen und Mobilitätseinschränkungen gaben.

Erschreckend war die Tatsache, dass die unzureichenden Lebens- und Arbeitsbedingungen öffentlich überwiegend als Gefahr für die Ausbreitung von Covid-19 auf „die Bevölkerung“ diskutiert wurden, nicht aber als Skandal an sich. Trotzdem begann zu der Zeit so manches Arbeitstreffen von Engagierten mit den Worten: „Man

mag es ja gar nicht sagen, aber endlich ist das Thema so in der Öffentlichkeit, wie es gehört. Corona sei Dank.“

Inhaltlich ergaben sich für die Engagierten vor allem folgende Fragen: Wie kann verhindert werden, dass Themen wie die oftmals unzureichende Unterbringung, die überlangen Arbeitszeiten und das Nichteinhalten von Arbeitsschutzbestimmungen mit der Zeit wieder aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden und ein rechtsfreier Raum entsteht, der weitere Widrigkeiten mit sich zieht? Und: Was ist zu tun, um die Beschäftigten auf den Schlachthöfen und in der Fleischverarbeitung in ihrer noch einmal schwieriger gewordenen Situation zu unterstützen?

### **SOLIPÄCKCHEN FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN**

In Rheda-Wiedenbrück riefen die Faire Mobilität, der DGB, die NGG

und weitere Organisationen und Initiativen dazu auf, für die in (Arbeits-)Quarantäne isolierten Arbeitnehmer\*innen sowie für ihre Familien „Solipäckchen“ zu packen, mit Spielzeug, allerlei Nützlichem und/oder einem netten Gruß. Über die große Resonanz und den Zuspruch waren die Aufrufenden selbst überrascht.

Auch in Schleswig-Holstein kam es zu diversen Corona-Ausbrüchen an den Standorten der Fleischindustrie. Als Erste infizierten sich Anfang Mai Arbeitnehmer\*innen auf dem Schlachthof in Bad Bramstedt. Sie waren von da an, im wahrsten Sinne des Wortes, „kaserniert“, denn ein Großteil von ihnen war/ist in einer ehemaligen Bundeswehrkasernen in Kellinghusen untergebracht. Als Zeichen der Solidarität brachten Mitglieder des Stützkreises Kellinghusen ein Kuchenpaket vorbei, das sie vor dem Zaun des Kasernengeländes abstellen mussten, denn eine Kontaktaufnahme war streng untersagt. Die strikten Hygieneregeln führten noch einmal sinnbildlich vor Augen, wie abgeschnitten diese Menschen sowohl von Kontakten als auch von Informationen waren.

Für den 20. Mai 2020, den Mittwoch vor Himmelfahrt, organisierte deshalb das schleswig-holsteinische Bündnis einen Aktionstag: Unter der Überschrift „Endlich handeln!“ informierten die Vertreter\*innen von Kirchen und Gewerkschaften an vier Standorten Beschäftigte in mehreren Sprachen, welche Schutzmaßnahmen im Betrieb nötig wären, um das Covid-19-Risiko möglichst gering zu halten. Mit Blick auf die zeitgleich laufenden Debatten in Bund und Land ging es auch darum, erneut nachhaltige Verbesserungen von Arbeits- und Wohnbedingungen zu fordern: „Gesundheit geht vor wirtschaftlichen Interessen“, so die Botschaft der Bündnispartner.

### „HOFFUNGSWORTE“ AN DEN WERKSTOREN

In Husum, Satrup, Böklund und Kellinghusen konnten an diesem

## Spenden willkommen!

Der KDA bittet um Ihre Spende für die Arbeit mit osteuropäischen Wanderarbeiter\*innen. Wir verwenden das Geld, um Teilhabe zu fördern, für Einzelfall- und Soforthilfen sowie für gemeinsame Veranstaltungen und Bildungsangebote.

Empfänger: NKK HB2  
IBAN: DE64 5206 0410 5606 5650 00  
Verwendungszweck: Kostenstelle 320 100 11,  
KDA\_Wanderarbeiter

Tag Informationen zum Arbeitsschutz und „Hoffnungsworte“ der Nordkirche in verschiedenen Sprachen berührunglos an die Beschäftigten übergeben werden. Der Tag bot zugleich kleine und dennoch erschütternde Einblicke in die aktuelle Lage: Durch die Anwesenheit vor den Werkstoren war zu sehen, wie voll besetzt die Kleinbusse (kein Sitzabstand möglich) für die Fahrten zur und von der Arbeit waren; und es war zu erleben, wie sich das Schichtende verschob, weil kurz vorher noch ein Transporter mit Schlachtvieh ankam. Auch die Mitglieder des Bündnisses standen nach 18 Uhr noch vor dem Werkstor, während andernorts der folgende Feiertag durch vernehmbaren Grillduft eingeläutet wurde. Dass die Informationen und „Hoffnungskarten“ auch auf Russisch, Bulgarisch und Arabisch erbeten wurden, war ein weiteres Indiz, wie vielfältig sich die Belegschaften zusammensetzen und wie viel schwieriger dadurch die Informationslage für Menschen ohne (gute) Deutschkenntnisse ist.

Früh erreichte an diesem Tag die Bündnispartner\*innen vor den Werkstoren die Pressemitteilung der Bundesregierung, man habe sich auf ein Eckpunktepapier für ein Arbeitsschutzprogramm für die Fleischindustrie geeinigt. Einerseits sorgte das für ein tiefes Aufatmen: Es tut sich was – und vor allem: Die Ankündigungen sind vielversprechend, tatsächlich Änderungen

„Ich beobachte eine neue Haltung bei den Ratsuchenden, sie haben andere Fragen: Wie geht das mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft? Werden bisherige Beschäftigungszeiten anerkannt? Einige erzählen, dass sie schon in ihren Herkunftsländern gewerkschaftlich aktiv waren, sie versuchen, sich untereinander zu organisieren. Das macht mir Hoffnung, dass sich parallel zur Gesetzgebung von oben auch etwas von unten ändern könnte.“



Helga Zichner, Beratungsstelle Faire Mobilität in Kiel

herbeiführen zu können. Andererseits sorgte die Pressemitteilung für Diskussionen: Werden Werkverträge tatsächlich abgeschafft? Wer ist alles gemeint, wenn es heißt, das Schlachten und die Verarbeitung von Fleisch sollen nur noch durch Beschäftigte des eigenen Betriebes zulässig sein? Gehört zur „Verarbeitung“ das Eindrehen von Würstchen in Gläser? Das Eindösen? Also Arbeiten im Bereich „Verpackung“? Oder wird es in diesen Bereichen weiter Werkvertragstätige geben, wie auch im Reinigungsbereich?

Die Zeit bis zur Einführung des Arbeitsschutzkontrollgesetzes am 1. Januar 2021 lässt sich schnell erzählen, auch wenn es auf dem Weg dahin noch so manche Wende und Aufregung gab. So z. B. die von der Fleischindustrie kol-

portierte Sorge, die Versorgung mit Grillfleisch sei ohne den Einsatz von Leiharbeit nicht zu leisten. Sie führte kurz vor der endgültigen Lesung im Bundestag zur Intervention der CDU/CSU-Fraktion. In der Regierungskoalition wurde noch einmal am Text „geschraubt“, um nicht das ganze Gesetz und seine Einführung platzen zu lassen. Zahlreiche Organisationen, u. a. die Nordkirche, vertreten durch Bischof Magaard, hatten darauf gedrängt, am angekündigten Termin festzuhalten.<sup>4</sup>

Es bleibt ein Wermutstropfen, dass Leiharbeit – entgegen der ursprünglichen Fassung – nach dem 1. April 2021 erlaubt bleibt, wenn auch unter strengen Auflagen.



Unser Gastautor Jens Haverland ist Pastor in der Ökumenischen Arbeitsstelle im Kirchenkreis Rantzau-Münsterdorf.



*„Der uneigennützigste, nachhaltige Einsatz von Menschen für ihre Mitbürger gibt mir die Hoffnung, dass die Deutschen – jenseits aller Ellenbogenmentalität – ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Ich hoffe, dass die Interessengruppen den begonnenen Weg der Gemeinsamkeit weiter beschreiten, gemachte Zusagen eingehalten werden und die erzeugte Nachdenklichkeit bei der Industrie zu fairer Umsetzung der gesetzlichen und moralischen Verpflichtungen führt. Auch hoffe ich auf eine strikte analoge Anwendung der für die Fleischindustrie gefundenen gesetzlichen Regelung auf vergleichbare Arbeitsverhältnisse.“*

Martin Kayenburg, ehem. Landtagspräsident, stellv. Vorsitzender der katholischen Pfarrei St. Ansgar Itzehoe und Moderator des Runden Tisches Kellinghusen

### GESETZ ALS „MEILENSTEIN“

Noch vor Jahresende begann jedoch die Umwandlung von Arbeitsverträgen: Mit der Ankündigung, Werkverträge in den Kernbereichen der Fleischindustrie ab 2021 tatsächlich zu verbieten, erhielten Werkvertragsbeschäftigte

Verträge direkt bei Unternehmen angeboten. Einen „historischen Meilenstein auf dem Weg zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen“ nannte es Guido Zeitler, Vorsitzender der Gewerkschaft NCG.

Ein Allheilmittel hingegen ist es nicht. Es braucht an vielen Stellen das Zusammenspiel von Bund und Land, um bei Arbeits- und Gesundheitsschutz, Fragen zur Unterkunfts- und Wohnsituation oder bei der Integration voranzukommen. Da gibt das Arbeitsschutzkontrollgesetz nur eine grobe Richtung vor und manchem ist z. B. die Übergangsfrist viel zu lang, die Zahl der zu kontrollierenden Betriebe viel zu gering. Erst 2026 wird eine jährliche Kontrolle von 5 % aller Betriebe verbindlich vorgeschrieben sein.

Deutlich ist: Ungleichbehandlung und mangelnde Augenhöhe lassen sich nicht durch ein Gesetz allein verändern. Es braucht auch künftig das Bemühen um Integration in den Betrieben, in den Kommunen und Bundesländern, durch aufgeschlossene Nachbarschaften oder Runde Tische. Die bisher auch im Stadtbild „Unsicht-

baren“ und Ausgeschlossenen können und müssen anerkannter Teil der städtischen oder dörflichen Gemeinschaft werden.

Da ist es ein gutes und stärkendes Zeichen, dass die Mitglieder des Stützkreises Kellinghusen sich entschieden, ihre Arbeit (ursprünglich auf zwei Jahre befristet) fortzusetzen, und den Verein „Stützkreis Kellinghusen“ gründeten.

Und auch sonst hat sich im Netzwerk der Bündnispartner\*innen vieles getan, was Hoffnung macht und zur Weiterarbeit animiert. Mehr und mehr inhaltlich interessierte Gruppen und Einzelpersonen finden zusammen. Waren es vor zehn Jahren überwiegend Gewerkschaften und einzelne kirchliche Vertreter\*innen, die auf Missstände aufmerksam machten, sind in den zurückliegenden drei bis fünf Jahren regionale Netzwerke gewachsen, in denen sich vor allem besorgte Mitmenschen, Nachbarn und kritische Bürger\*innen engagieren. Einen Eindruck von der Größe dieser Bündnisse vermittelte die erste Initiativenkonferenz in Elmshorn

<sup>4</sup> S. Pressemitteilung vom 28.10.2020, <https://kda-nordkirche.de/presse/16> (zuletzt abgerufen am 09.04.2021)

bereits 2019, bei der sich Engagierte aus dem norddeutschen Raum trafen. 2021 wird dieses Format (via Zoom) nun bundesweit stattfinden.

Auch in Schleswig-Holstein wächst das Bündnis. Denn je mehr die menschenverachtenden Strukturen in der Fleischindustrie durch massenhafte Corona-Infektionsausbrüche in den Betriebsstätten und durch die zusätzlichen Einschränkungen in den betroffenen Landkreisen öffentlich bekannt wurden, desto mehr Menschen wollten sich informieren und engagieren.

### KINOFILM SORGT FÜR IMPULSE

Kultur und Kunst brachten und bringen ganz eigene, sehr hilfreiche Aspekte in die Debatte ein: So kam der Dokumentarfilm „Regeln am Band – bei hoher Geschwindigkeit“ der Nachwuchs-Regisseurin Yulia Lokshina im Herbst 2020 genau zur rechten Zeit in die deutschen Kinos. Die Premieren konnten unter Corona-Hygienevorgaben bundesweit stattfinden und wurden auch in Schleswig-Holstein und Hamburg zu „Gipfeltreffen“ menschenrechtsbewegter Menschen. Der Film betrachtet die Fleischindustrie stellvertretend für eine aus dem Ruder gelaufene Wirtschaftsstruktur insgesamt.

Lieferdienste und Hafendarbeit, das Baugewerbe oder Erntebetriebe gehören genauso in den Blick genommen wie die 24-Stunden-Pflege. Alles Betriebe, deren Produktionsstätten nicht ins billigere Ausland verlagert werden können. Deswegen werden billige Arbeitskräfte nach Deutschland importiert, was in den Herkunftsländern zu weiterer Arbeitsmigration führt (in Rumänien arbeiten inzwischen noch billigere asiatische Arbeitskräfte in der heimischen Schlachtindustrie).

Auch das mittlerweile sehr breite Bündnis für ein verlässliches Lieferkettengesetz, um Menschenrechte und Umweltstandards in der ganzen Wertschöpfungskette eines Produktes zu gewährleisten, gehört zu den Hoffnungstiftern.

Die Fleischindustrie ist ein Beispiel für Lieferketten, die in Deutschland beginnen.

Die Mitglieder des schleswig-holsteinischen Bündnisses mit neuen Mitstreiter\*innen trafen sich Ende 2020 zum dritten Mal im Christian Jensen Kolleg in Breklum (nach der Auftaktveranstaltung 2018 und der Zwischenbilanz im Frühjahr 2020). Dieses führte zu weiterer Vernetzung etwa mit Vertreter\*innen aus Landwirtschaft und Handwerk. Damit weitet sich der Blick auf Notsituationen wie Schweinestau und Dumpingpreise in der Landwirtschaft sowie auf weitere Branchen, in denen Menschen als billige Arbeitskräfte angeworben und ausgenutzt werden. Getragen wird diese Gemeinschaft durch den Wunsch, solidarisch zu handeln, und die Hoffnung, dass man gemeinsam stark ist.

### DIE WÜRDE JEDES MENSCHEN

Als Christ\*innen und Vertreter\*innen kirchlicher Organisationen erleben wir in diesen sehr vielfältig zusammengesetzten Bündnissen immer wieder, wie wichtig es ist, als Kirche mit dabei und erkennbar zu sein. Zum einem geht es in der Sache um ureigene christliche Anliegen, zum anderen kann Kirche oftmals Besonderes bieten: Wir kennen uns aus vor Ort, verfügen über ein Netzwerk und Ressourcen, manchmal braucht es z. B. nur einen Ort zum Treffen. Und unsere ureigene Haltung, dass jeder Mensch eine unaufgebbare, von Gott gegebene Würde besitzt, lässt uns auf die einzelnen Menschen und ihre Lebensumstände besonders achten. Vor allem aber leben wir von der Hoffnung her und erinnern uns jedes Jahr zu Ostern an das Unfassbare und zugleich Lebensstiftende, das mit dem Kind in der Krippe zu Weihnachten begann. Diese unerschütterliche Hoffnung braucht es auch in den Bündnissen der Menschen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte in den Lieferketten, der Fleischproduktion und -verarbeitung und den anderen Branchen einsetzen.

## Arbeitshilfe

Anregungen für die Gemeindearbeit und für Gottesdienste, die sich mit den Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie und der Ernte beschäftigen, finden sich in dieser Broschüre.



**SCHAUT HIN** <sup>(MK 6.38)</sup> –  
VON DER ARBEIT – FÜR DAS ESSEN  
AUF UNSEREM TELLER

Arbeitshilfe und Ideensammlung für Kirchengemeinden



Gedruckte Exemplare können bei [heike.riemann@kda.nordkirche.de](mailto:heike.riemann@kda.nordkirche.de) bestellt werden. Download unter <https://kda-nordkirche.de/publikationen/41>

Das seit diesem Jahr geltende Arbeitsschutzkontrollgesetz ist ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Menschenwürde und Gerechtigkeit. Der Schlusspunkt ist es nicht. Auch jetzt werden wieder Schlupflöcher gesucht und gefunden, Grenzen ausgereizt. Aber mit Hoffnung und Solidarität können die 2020er-Jahre zu Hoffnungsjahren werden. Aus der vagen „Speranță la orizont“, Hoffnung am Horizont, werden so „Douăzeci de speranță“, die Zwanziger der Hoffnung! ■